

Guten Tag Liebe Hörerinnen und Hörer

hier ist Radio rheinwelle auf 92,5 MHz. im offenen Gruppen Radio empfangen sie heute eine Sendung von Attac Wiesbaden.

Mein Name ist *Jürgen Drieschmanns* (im Folgenden JD) und Ich werde heute den Steuerexperten von Attac Deutschland, *Detlev von Larcher* zu seiner Sicht auf nationale und internationale Besteuerung fragen. Attac ist ein globalisierungskritisches Netzwerk, dessen Gründung in Deutschland im Jahre 2000 erfolgte. Ein erklärtes Ziel ist es, internationale Finanzmärkte einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Zunächst gebe ich aber meinem Gast von Larcher die Möglichkeit sich unseren Hörerinnen und Hörer vorzustellen.

Detlev von Larcher:

„Achja was gibt es viel von mir zu sagen. Ich bin seit Anfang an bei Attac dabei, also seit dem Jahr 2000. Damals war ich noch im Bundestag und bin als einer von 3 SPD-Bundestagsabgeordneten in Attac eingetreten. Ich war 12 Jahre im Finanzausschuss im Bundestag und daher hat es sich einfach logisch ergeben, dass ich bei Attac in der Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern mitarbeite, nachdem ich 2002 nicht mehr im Bundestag war.“

JD: Vielen Dank Detlev. Ich bin gespannt auf deine Antworten zu den Fragen, die in den letzten Wochen ja auch eine neue Aktualität bekommen haben. Steuern sind der größte Teil der Staatseinnahmen und finanzieren dadurch alle Ausgaben unserer Gebietskörperschaften. Daneben lassen sich aber gesellschaftliche Entwicklungen steuern wie zum Beispiel die Erhöhung der Tabaksteuer als gesundheitspolitische Maßnahme oder die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets innerhalb der Verkehrs- und Umweltpolitik des Bundes. Gibt es Steuern, die nach Vorstellungen von Attac steuernde Wirkung haben sollen.

Detlev von Larcher:

„Ja, 2 hast du ja schon selbst genannt und am klarsten wird das bei der **Finanztransaktionssteuer**. Diese Steuer wäre eine Umsatzsteuer auf alle an Finanzmärkten getätigten Geschäfte, und zwar auf jeden Handel am Computer. Dieser würde dadurch eingeschränkt. Die Gewinnmargen sind bei diesem Handel so gering, dass eine kleine Steuer den Gewinn aufzehren würde. Damit würden diese Geschäfte hinfällig und die Millionengewinne werden dort nur dadurch erzielt, dass mit einer ungeheuren Summe gehandelt wird. Der größte Teil des spekulativen Handels, der die Finanzmärkte so gefährlich macht, würde damit wegfallen.“

JD: Was meinst du warum so ein Steuer nicht durchkommt? Sie ist doch einleuchtend.

Detlev von Larcher:

„Ja diese Steuer haben wir ja in der Kampagne „Steuer gegen Armut“ mit hundert Organisationen vertreten und sind auch ziemlich weit gekommen. Es gab dann einen Vorschlag der EU-Kommission. 10 Länder haben durch verstärkte Zusammenarbeit diesen Vorschlag verhandelt und irgendwo blieb er dann hängen, weil jeder noch irgendwelche Sonderwünsche hatte. Und zum Schluss hat Macron einen eigenen Vorschlag gemacht, der praktisch nur drauf rausläuft, den Aktienhandel zu besteuern und die Derivate zum Beispiel wegzulassen und so gerade das, was die großen Geschäfte auf den Finanzmärkten ausmacht. Selbst dieser Vorschlag steckt jetzt irgendwo fest und kommt nicht weiter. Also

mit anderen Worten ist alles festgefahren und im Moment sehe ich nicht, wie das alles wieder fort gemacht werden könnte.“

JD: Kritikpunkte von Attac sind die ungleiche Einkommens- und Vermögenssituation sowie die Vermeidung von Steuern auf Konzerngewinne durch geschickte Wahl des steuerlichen Standortes. Sehen wir zunächst auf die Situation in Deutschland, nach der 50% der Haushalte kaum Vermögen haben, aber die reichsten 10% mehr als zwei Drittel besitzen. Was ist gefährlich an dieser Situation und wie könnte gegengesteuert werden?

Erbschaftssteuer ist in Deutschland zur Bagatellsteuer verkommen. Erbschaften machen aber ein Großteil der heutigen Vermögen aus. Immer weniger muss man den Begriff „Leistungsträger“ bemühen, sondern eher ersetzen durch Erben. Wie könnte ein besseres Modell für die Erbschaftssteuer aussehen wie das was wir zurzeit haben?

Detlev von Larcher:

„Vermögen bedeutet auch großen politischen Einfluss und Macht. Das gefährdet die vom Grundgesetz garantierte Gleichheit der Menschen. Der Reichtum und die **Vermögensverteilung** sind also Demokratie-gefährdend. Die Lebenserwartung eines Reichen ist um 8 - 10 Jahre höher als die eines Armen. Ein Manager Gehalt war früher 20 oder 30 mal so hoch wie ein Durchschnittseinkommen, aber heute ist es 200 300 mal bis 1000 mal zu hoch. Deswegen muss die Vermögensverteilung korrigiert werden. Das geht durch höhere Spitzensteuersätze bei der **Einkommensteuer**, durch eine progressive **Vermögenssteuer** und eine wirksame **Erbschaftssteuer**. Die großen Reichtümer haben nämlich als Grundlage zumeist Erbschaften, nicht eigene Leistung. Übrigens fordern auch 100 Millionäre in Deutschland: Besteuert uns endlich richtig. Darüber gibt es ein Interview im Handelsblatt. Da heißt es: ``Wir sind Vermögende und setzen uns für eine höhere Besteuerung von Vermögen ein, um mehr Chancen, Teilhabe und Zukunftsinvestitionen für alle zu ermöglichen.``

Das diese Steuern, die wir fordern nicht unrealistisch sind, in den Jahrzehnten vor 1980 waren die Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften in fast allen entwickelten Staaten so hoch, dass die Vermögenskonzentration abnahm. Daher fordern wir progressive Steuersätze, da Vermögen umso schneller wachsen, je höher und größer sie sind. Um dies Ziel zu erreichen, sollte die Vermögenssteuer erstmal über eine Millionen Vermögen beginnen.“

JD: Sollten Einkommen wieder so besteuert werden, wie es bis in die 70er Jahre üblich war mit bis zu 90% Spitzensteuersatz, um den Vermögensaufbau beim Entstehungsprozess schon zu unterbinden?

Detlev von Larcher:

„Also wenn dabei der Grundfreibetrag hoch genug wird, damit die Geringverdiener von der Steuer befreit werden, hätte ich nichts gegen die Provisionen bis zu 90%. Die Steuersätze sind ja Grenzsteuersätze, das heißt: Es geht nicht um Durchschnittssteuersätze, sondern immer nur über den Betrag, der den Grenzsteuersatz überschreitet. Aber ich wäre auch mit einem **Spitzensteuersatz** von 70% zufrieden. Das wäre genug und da gibt es auch eine Partei, die das fordert.“

JD: Über 130 Länder dieser Welt haben sich im Juli auf eine Mindeststeuer von 15% geeinigt. Diese **Konzern-Mindeststeuer** wurde jahrelang von Attac gefordert. Entspricht denn das Ergebnis den Erwartungen von Attac?

Detlev von Larcher:

„Nein, der Steuersatz sollte 25% betragen, nicht 15% betragen. Der amerikanische Präsident hat ja schon 25% vorgeschlagen. Dann befürchten wir zu viele Schlupflöcher. Es kommt dazu, dass es eine Regelung reicher Länder für reiche Länder ist und zwar deswegen, weil die Konzerne nun mal in den reichen Ländern sitzen. Deswegen protestieren zum Beispiel afrikanische Länder dagegen, aber es ist immerhin ein Versuch, die rigorose Steuerkonkurrenz nach unten zu begrenzen.“

JD: Steuern werden ja auf allen 3 Ebenen unserer Gebietskörperschaften erhoben. Beim Hebesatz der **Gewerbsteuer** tobt seit Jahren ein Unterbietungswettbewerb. So hat die Frankfurter Wertpapierbörse den Unternehmenssitz nach Eschborn verlegt, einer Gemeinde mit wenigen Einwohnern aber immensen Steuereinnahmen. Auf Länderebene finanziert Hessen zum Beispiel über den Länderfinanzausgleich die Kindergarten-Betragsfreiheit von Rheinland-Pfalz, ohne diese selber zu haben. Wäre eine einheitliche Steuereinnahme und anschließende Verteilung nach Köpfen der Bevölkerung nicht gerechter?

Detlev von Larcher:

„Also müsste es doch hier einen gesetzlichen Mindeststeuersatz geben. Der würde schon helfen, die sogenannte Bürgermeisterkonkurrenz zu begrenzen. Ich vertrete im Übrigen die Auffassung, die Gewerbesteuer umzuwandeln in eine Gemeindegewerbesteuer. Ich möchte einen am gesamten Kapitaleinsatz ausgerichtete **Gemeindegewerbesteuer**, wie sie schon einmal vor langer Zeit bereits durch die Mehrheit einer Expertenkommission der Bundesregierung zur kommunalen Finanzreform vorgeschlagen worden ist. Die heutige Gewerbesteuer besteuert nur geringfügige Teile der Unternehmenswirtschaft in Kommunen und deswegen möchte ich eine Ausweitung auf alle Unternehmen in einer Kommune, auch Freiberufler, die sich vor allem auf Dienstleistungsbereiche konzentrieren. Dadurch wird dem Strukturwandel hin zum Dienstleistungsbereich Rechnung getragen. Details sollten wir uns an dieser Stelle sparen. Jedenfalls würde die Finanzausstattung der Kommunen durch die Gemeindegewerbesteuer erheblich verbessert. Darüber hinaus kann sie noch durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage vergrößert werden. Die Kommunen verfügen zudem weiterhin über das Recht, den Hebesatz für die Gemeindegewerbesteuer autonom zu besetzen. Beschränkt werden sollen sie durch eine gesetzliche Festlegung eines Mindeststeuer- Hebesatzes. Im übrigen ist dies, was ich da jetzt vorgetragen habe, in unserer **solidarischen Einfach-Steuer** enthalten, die wir als Attac mit Gewerkschaften 2005 propagiert hatten.“

JD: Als letztes möchte ich die Quelle der größten Vermögenszuwächse der letzten Jahre ansprechen, die Immobilien. Damit ist nicht das selbstgenutzte Eigenheim gemeint oder der rechtzeitig angekaufte Platz im Pflege- oder Altenheim. Hohe Renditen lassen sich in Deutschland fast nicht mehr mit Geldanlagen auf Konten, in Lebensversicherungspolice oder in sicheren Wertpapieren erzielen, sondern eher über Großprojekte der **Immobilienwirtschaft** wie Einkaufszentren, Wohnsiedlungen, Bürotürme, Altenheime oder Gewerbeparks. Beim Verkauf sind dann solche Objekte teilweise steuerfrei, zum Beispiel, wenn sie 10 Jahre

gehalten wurden und dem Eigentümer sogar in diesen 10 Jahren noch Abschreibungen ermöglicht haben, obwohl der Wert gestiegen ist. Muss an dieser Quelle nicht eine konsequente Besteuerung den Staat an der Wertschöpfung teilhaben lassen?

Detlev von Larcher:

„Ja, die Frage beinhaltet schon das klare Ja. Es sollte eine **Wertzuwachssteuer** geben. Es ist nicht einzusehen, dass der wachsende Wert von Immobilienvermögen unbesteuert bleibt und da gibt es auch Konzepte dafür und das gehört mit zu unseren Forderungen.“

JD: Detlev! Wir haben über viele einzelne Steuerungen gesprochen. Was ist der große Leitgedanke, der in deinen Vorschlägen sich wiederfindet?

Detlev von Larcher:

„Die untere Hälfte muss entlastet werden, die ungerechte Verteilung der Einkommen Vermögen muss zurückgeführt werden. Deswegen unsere ganzen Vorschläge und es geht immer um die 10 obersten Prozent der Einkommensbezieher und Vermögenshalter.“

JD: Ich kann und möchte mich am Schluss für dieses aufhellende Gespräch bedanken. Sicher haben unsere Hörerinnen und Hörer weitere Fragen zu diesem Thema, das sich in einer Stunde auch nicht umfassend besprechen lässt. Nutzen sie die Möglichkeit für ihre Anliegen und Fragen auf der Seite [Attac-Wiesbaden.de](http://Attac-Wiesbaden.de). Vielen Dank!